



„Aktion Arbeitsschutz“ – neue Aktion der GdP für unsere KollegInnen

Die Polizei steht ständig neuen Herausforderungen gegenüber, die Organisation Polizei unterliegt – nicht nur in Hamburg – einem permanenten Wandel, der sich auch deutlich auf die Arbeit und somit auf die KollegInnen auswirkt. Das bei einer Großorganisation wie der Polizei Hamburg dabei nicht alles glatt laufen kann, ist normal. Die Gewerkschaft der Polizei hat in ihrer umfassenden Mitgliederbefragung das Mandat erhalten, sich engagiert für den Arbeitsschutz der Mitarbeiter einzusetzen – es war das für die KollegInnen wichtigste gewerkschaftliche Betätigungsfeld. Die GdP hat sich schon in der Vergangenheit immer wieder für vernünftige Arbeitsbedingungen eingesetzt und auf Missstände hingewiesen.

Dies wollen wir nun durch die „Aktion Arbeitsschutz“ erneut forcieren. Themen dafür gibt es genug, wir wollen aber auch euch die Möglichkeit geben, sich an der Aktion aktiv zu beteiligen.

Seit über 10 Jahren hat sich die GdP HH intensiv für die Verdrängung von Laserdruckern und Kopierern aus den Büros der KollegInnen eingesetzt. In diesem Bereich hat sich schon viel getan, leider werden aber immer noch neue Drucker in SB-Räumen aufgestellt, Drucker, die erwiesenermaßen für allergische Reaktionen, Asthma, Hautkrankheiten und leider sogar hormonelle Veränderungen (Unfruchtbarkeit [!]) und Krebs verantwortlich sind! Diese Zustände haben mittlerweile bundesweit zu vielen Aktivitäten geführt, Verbraucher- und Umweltbehörde sind endlich aus ihrem Winterschlaf erwacht, das Bundesamt für Risikobewertung plant eine konkrete Studie zu den Folgen und der DGB wird endlich auch auf Bundesebene aktiv. Noch immer werden bei professionellen Tests der LGA Bayern die Mehrheit neuer

(!) Drucker als unzureichend getestet. Doch auf der anderen Seite formieren sich auch die Protagonisten der Herstellerriege,



Der alltägliche Kabelsalat

Interessenverbände und Lobbyisten – es geht hier um einen riesigen Renommeeverlust und um finanzielle Risiken. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass mit der Gesundheit unserer Kol-

legInnen fahrlässig umgegangen wird – die GdP wird sich weiter deutlich positionieren und euch informieren. Ziel muss das laserdruckerfreie Büro sein.

Ein weiteres Feld sind Qualität von Arbeitsbekleidung und Ausrüstung. So kann es nicht sein, dass man von unseren AiP erwartet, rund um die Uhr an der Alster und in anderen Bereichen auch in den Wintermonaten bei eiskalter Zugluft Objekte zu beschützen, ihnen aber dafür mit dem stets vorgehaltenen Kostenargument adäquate Arbeitsbekleidung zu verweigern! Es muss doch möglich sein, die KollegInnen mit Winteroveralls oder anderer tauglicher Funktionsbekleidung auszurüsten – wenn sogar das „ach so arme“ Berlin dazu in der Lage

gen zurzeit aus LPS und FhÖV in die Fläche und erwarten zu Recht angemessene Arbeitsbedingungen, ausreichend Räume und Einrichtung. Dies vernünftig mit den Bedarfen der Dienststelle in Einklang zu bringen, ist auch Aufgabe der Personalratsmitglieder der GdP und unserer Gewerkschaft selbst. Wir werden uns weiterhin – auch in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmedizin – für funktionale und angemessene Räumlichkeiten und Unterbringungen einsetzen.

Kaum vorstellbar auch, dass unsere KollegInnen der LBP in einen auswärtigen Einsatz nach Rheinland-Pfalz fahren und die Fahrzeuge – trotz massivem Schneefall und teils katastrophalen Straßenverhältnissen schon im Norden – nur mit SOMMERREIFEN ausgerüstet sind! Das kann doch wohl nicht wahr sein! Wir haben bereits mit den Verantwortlichen Kontakt aufgenommen und auf diese Missstände hingewiesen. Auch wenn für die Beschaffung von Material in diesem Fall der Bund zuständig ist, erwarten wir eine umgehende Beschaffung von angemessenem Zubehör, so dass unsere Hundertschaften sicher und vorbildgetreu in ihre Einsätze fahren können ...

Diese Beispiele sollen Anregung sein für euch, weitere Arbeitsfelder und Missstände aufzuzeigen und mit euren Vertrauensleuten und Funktionären Kontakt aufzunehmen. Meldet uns Auffälligkeiten, dokumentiert eure Probleme und teilt sie uns mit – Stichwort „Aktion Arbeitsschutz“ – wir kümmern uns!

Der Landesvorstand

ist! Dort erhalten die Objektschützer gerade vernünftige Bekleidung ...

Bei der Neuorganisation VB wird es zu vielen Umzügen kommen, viele neue Mitarbeiter drän-

• „Aktion Arbeitsschutz“	Seite 1
• Unsere Bewertung der Kriminalstatistik 2004	Seite 2
• GdP führt mit ver.di gemeinsame Warnstreiks durch!	Seite 3
• Die neue Heimat des „Großstadtreivers“	Seite 4
• www.psw-hamburg.de	Seite 5
• Nicht nur die Jugend, auch Senioren brauchen Zukunft!	Seite 6
• Vorbereitung des Landesdelegiertentages 2006	Seite 7
• Wir gratulieren	Seite 8
• Sterbefälle	Seite 8

Unsere Bewertung der Kriminalstatistik für 2004

Die Kriminalstatistik der Polizei Hamburg weist einen Rückgang der Straftaten um 3,7%, 10 125 Fälle auf 261 268 Fälle auf – die Aufklärungsquote (AQ) stieg leicht von 43,7 auf 44,6%. Betrachtet man die Kriminalitätsentwicklung in den wesentlichen Veränderungen, so ist festzustellen, dass die Hälfte der Rückgänge allein dadurch entstanden ist, dass im vorletzten Jahr ein wirtschaftliches Großverfahren vorlag und dadurch in diesem Jahr über 5000 Straftaten weniger im Bereich des Leistungsbetruges zu verzeichnen sind.



Entwicklungen im Bereich der Gewaltkriminalität

REDAKTIONSSCHLUSS

für die Mai-Ausgabe ist der 7. April 2005.

Erfreulich ist der sich weiter fortsetzende Trend beim Rückgang von Diebstahlsdelikten rund

perververletzungen zu verzeichnen sind (vorsätzliche einfache KV + 1020 Taten). Dazu der Landes-

chen Rückgänge im Bereich des Straßenraubes (2003: 2647/2004: 2613 (-1,3%)) sowie im Bereich des Wohnungseinbruches (-185 Fälle/-3,1% auf 5736 Fälle) und keine deutliche Steigerung ihrer Aufklärungsquote (von 7,2% 2003 auf 7,4% 2004) gab! Auch ist der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren entgegen der beabsichtigten Zielsetzung von 71,5% auf 71,7% gestiegen.

Weiter dazu der Landesvorsitzende: „Hier ist die konkrete Zielsetzung klar danebengegangen! Ein neuer Beweis dafür, dass beim Zielfindungsprozess lediglich auf Ziele abgestellt werden sollte, die auch für die Polizei und ihre Arbeit steuerbar sind! Das Ziel ‚Veränderung einer Aufklärungsquote‘ ist fachlich unsinnig. Bedauerlich ist die weiter steigende Tendenz hin zu Roheitsdelikten wie gefährlicher und schwerer Körperverletzung (+7,0%) – ein Trend, der seit Jahren zu beobachten ist und den Wandel im gesellschaftlichen Verhalten aufzeigt. Hier können unsere Kolleginnen und Kollegen allein wenig ausrichten. Das erhöhte Anzeigeaufkommen in diesem Bereich wird aber auch dadurch erzeugt, dass wieder mehr Polizisten auf der Straße sind – ein weiteres Zeichen, dass am Personal der Polizei nicht weiter gespart werden darf.“

Jürgen Lamp, Geschäftsführer GdP Hamburg

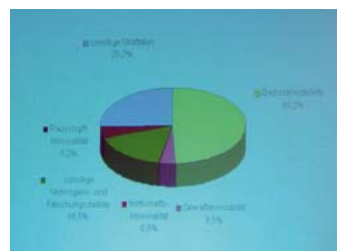


André Bunkowsky bewertet die veröffentlichten Zahlen aus Sicht der GdP.

um das KFZ und beim Diebstahl von Fahrrädern. Bedauerlich dagegen, dass im Bereich der Gewaltdelikte immer mehr Kör-

vorsitzende der GdP, André Bunkowsky: „Die Entwicklung gerade im sozialen Nahbereich ist erfreulich und ein Zeichen für die gute Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen draußen auf der Straße. Erstaunlich, dass trotz des entstandenen Chaos im Rahmen der nur aus Spargründen vom Senat aufgedrückten Neuorganisationszwänge noch soviel gute Arbeit geleistet werden kann.“

Betrachtet man die wesentliche Zielsetzung der Behörde aus dem letzten Jahr, so ist leider festzustellen, dass es keine deutli-



Die Verteilung der Kriminalitätsfelder in Hamburg

Deutsche Polizei

Ausgabe:

Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:

Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 -0
Telefax (0 40) 28 08 96 -18
E-Mail: gdp.hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

Redaktion:

Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Anzeigen-Repräsentant:

Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (040) 40 94 34

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

FACHGRUPPE VERWALTUNG

GdP führt mit ver.di gemeinsame Warnstreiks durch!

Am 25. Februar 2005 führte die GdP mit ver.di auf dem Rathausplatz in Harburg eine gemeinsame Warnstreikaktion durch. Unsere Kolleginnen und Kollegen verließen drei Stunden lang ihren Arbeitsplatz, um ihrem Grundrecht auf Durchsetzung ihrer Forderungen (Art. 9 GG) nachzukommen.



Zusammenstehen für ein vernünftiges Tarifergebnis

Die Gewerkschaften wollen damit erreichen, dass vom Hamburger Senat und von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) die vereinbarte Tarifreform ohne Abstriche übernommen wird. Neben zahlreichen Grußworten und Solidaritätsadressen aus beteiligten Warnstreikbetrieben und Organisatoren erklärte der Stellvertretende Landesvorsitzende und Tarifexperte, Rolf Thiel, die Solidarität der GdP deutlich heraus.

Er forderte alle Beschäftigten auf, zu kämpfen und durchzuhalten und erklärte, dass sich die Arbeitgeber darauf einstellen sollen, dass sich die Organisationsbereiche der GdP an möglichen

Streikaktionen beteiligen werden.

Nach zwei Jahren Verhandlungen haben die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW und GdP mit Bund und Kommunen die Tarifreform ausgehandelt.

Die Länder, auch Hamburg, haben zuerst den Beamtinnen und Beamten das Weihnachtsgeld gekürzt und das Urlaubsgeld gestrichen und die Arbeitszeit verlängert. Dann haben sie den Arbeiterinnen/Arbeitern und Angestellten die Tarifverträge gekündigt und damit den Verhandlungstisch verlassen. Sie behaupten, mit weniger Einkommen und längeren Arbeitszeiten

würden die Haushalte konsolidiert und die Arbeitslosigkeit bekämpft.

Das ist nicht nur falsch sondern eine Provokation aller Beschäftigten.

Der Hamburger Senat wird aufgefordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und das Ergebnis für Bund und Kommunen zu übernehmen.

Weil es immer wieder bei den Dienststellen zu unterschiedlichen Auffassungen über Streik bzw. Warnstreikaktionen kommt, noch einmal die Erläuterung aus der Rechtssprechung in dieser Angelegenheit:

Warnstreiks sind zulässig!

Der Streik ist ein Grundrecht zur Durchsetzung unserer Forderungen (Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes). Die Teilnahme an einem rechtmäßigen Streik stellt keine Verletzung des Arbeitsvertrages dar. Maßregelungen durch den Arbeitgeber wegen der Teilnahme an einem Streik sind verboten. Der bestreikte Arbeitgeber darf deshalb dem/der streikenden Arbeitnehmer/in nicht kündigen. Nach Ende des Streiks besteht ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung. Während des Streiks ruht das Arbeitsverhältnis. Der/die Arbeitnehmer/in braucht keine Arbeitsleistung zu erbringen. Ein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht für die Dauer des Streiks nicht. Überstundenanordnungen aus Anlass der Teilnahme am Streik sind rechtswidrig und unwirksam. Sie bedürften im Übrigen der vorherigen Zustimmung des Betriebsrates/Personalrates. Eine Verpflichtung zur Nacharbeit der durch den Streik

ausgefallenen Arbeitsstunden besteht nicht.

Dienststelle schränkt unzulässig Streikrecht ein!

Die Polizeiführung übt nun Druck auf Angestellte und Arbeiter aus, um Warnstreiks und Streiks zu behindern bzw. zu verhindern.

Dazu fordert die Dienststelle die Beschäftigten u. a. auf, eine Vereinbarung zur „**Notdienstbestellung bei Streik**“ zu unterschreiben.

Fragen des Vorgehens bei Streikmaßnahmen, auch die Bestimmung von sog. „Notdienstbereichen“ müssen jedoch in jedem Einzelfall zwischen oberster Dienstbehörde und GdP/ver.di abgestimmt und vereinbart werden – dies ist bisher nicht geschehen!

Wir halten das Vorgehen der Dienststelle deshalb für rechtswidrig und bitten unsere Kolleginnen und Kollegen, diese Vereinbarung nicht zu unterschreiben. Die Teilnahme an Streiks – auch Warnstreiks – ist ein grundrechtlich gesichertes Recht jedes gewerkschaftlich organisierten Tarifbeschäftigten – durch höchstgerichtliche Rechtsprechung bestätigt. Dieses Recht lassen wir uns nicht einfach wegnehmen!

Sylvia Silvester, Fachgruppenvorsitzende Verwaltung



Gemeinsam die gesamte Zeit vor Ort!

Die neue Heimat des „Großstadtreviers“

Am 7. März wurden die neuen Räume des PK 14 in der Caffamacherreihe offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Nachdem der PK-Leiter Enno Treumann es sich nicht nehmen ließ, alle Gäste am Eingangsbereich persönlich zu begrüßen, fanden sich die vielen Gäste im neu ausgebauten Tagungsraum im Keller ein – vorbei an einer einmaligen Neuheit, die sicherlich noch lange und deutschlandweit von sich reden machen wird: das „Haus im Haus“ – ein komplett eingerichtetes Vorzeigemodell eines Einfamilienhauses mit allen Tür-, Fenster- und sonstigen Sicherungseinrichtungen für die Beratungstätigkeiten der Kriminalberater des LKA 15!



Polizeipräsident Werner Jantosch

Ein Schmuckstück, welches die gute Arbeit der Berater sicher noch ein weiteres Stück nach vorne bringen wird.

In kurzen Reden stellten der Innensenator Udo Nagel, unser Polizeipräsident Werner Jantosch und PK-Leiter Enno Treumann die tolle Zusammenarbeit aller Mitarbeiter, der Architekten, Handwerker, Vermieter und aller anderen Beteiligten heraus. Diese Zusammenarbeit führte zur von vielen unerwarteten Fertigstellung des Umbaus – manch Kollege wartet nun schon seit 30 (!) Jahren auf den Umzug – und das auch noch pünktlich (!), was zu vielen verlorenen Wetten bei den Kolleginnen und Kollegen geführt haben soll ...



Ein vernünftiger Arbeitsplatz: Der Wachraum des PK 14

noch die ein oder andere Werbungs-Schleife ziehen“ würden ...

Die KollegInnen des PK 14 haben für die vielen Gäste eine tolle Organisation hingelegt, super geplant und durchgeführt. In kleinen Gruppen wurden die Gäste durch das sechsstöckige Gebäude geführt – jeder hatte Gelegenheit, sich die wirklich

großzügigen Flächen des PK anzusehen. Die vorhandene Chance vieler und großer Räume wurde dazu genutzt, sich nach Bedarf der Mitarbeiter einzurichten. So ließ sich ein Kollege zu der Bemerkung hinreißen, dass die jetzigen Hundezwinger so groß sind, wie an alter Wirkungsstätte der gesamte Wachraum war!

Auch ein legaler Sportraum, die gut geplanten Wach- und Schreibräume sowie der großzügige Pausenbereich mit Einbauküche und viel Platz wurden von manch' Kollegen neidvoll begutachtet. Die Führung durch die Räumlichkeiten, in denen neben dem PK 14 auch die Berater des LKA 15 und die ZD 63 ihren neuen Platz gefunden haben, endete dann im großen Besprechungsraum bei tollen Snacks und lockeren Gesprächen. Die Kolleginnen und Kollegen des PK 14 waren sichtbar und zu Recht stolz auf die neuen Räumlichkeiten – die GDP wünscht viel Glück und Erfolg im neuen „Zuhause“!

*André Bunkowsky,
Landesvorsitzender*

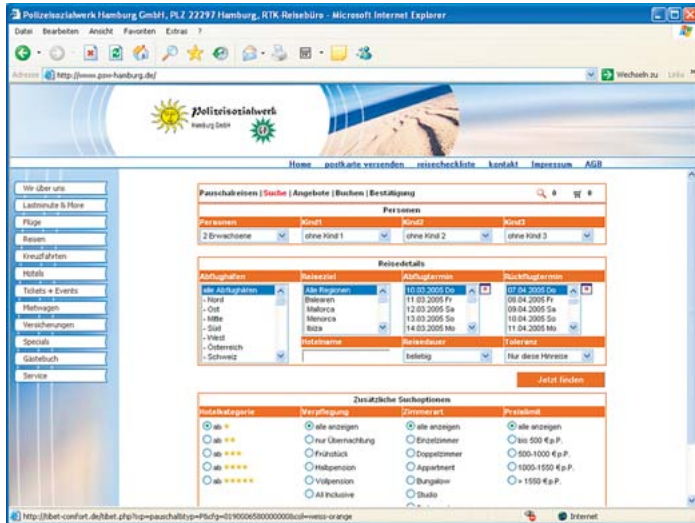


Das Flinsch-Haus, das neue „Großstadtrevier“

POLIZEISOZIALWERK

www.psw-hamburg.de

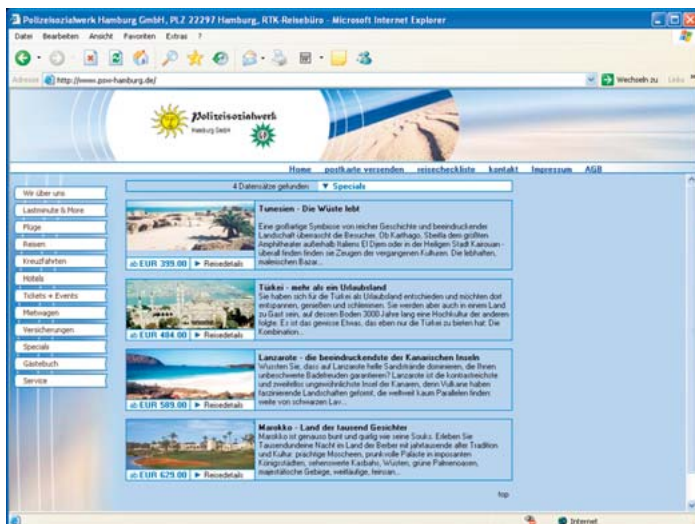
Die GdP hat vor zehn Jahren das PSW Hamburg gegründet, um ihren Mitgliedern und deren Angehörigen einen zusätzlichen Service zu bieten. Inzwischen haben wir einen festen Kundenstamm, der unseren guten Service zu schätzen weiß.



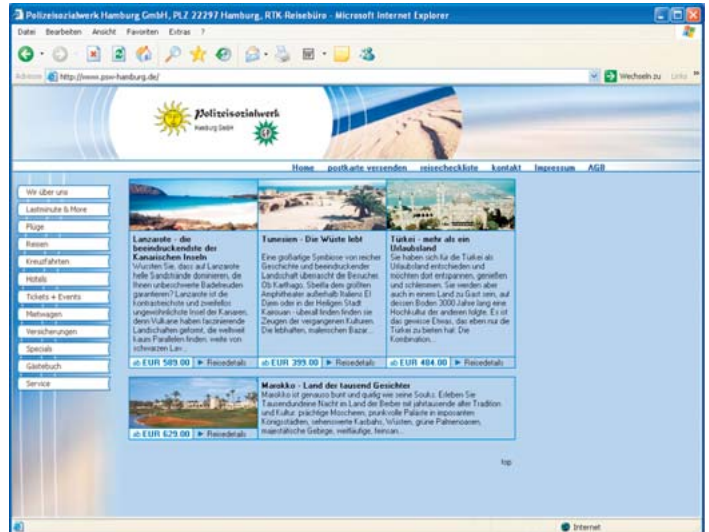
Die Buchungsmaske für den Urlaub!

Der Schwerpunkt unserer Angebotspalette ist das Vermitteln von Reisen jeglicher Art. Wir haben mit nahezu allen Agenturen Verträge abgeschlossen und sind somit in der Lage, fast alle Pauschalreisean-

gebote zu vermitteln. Daneben können bei uns Individualreisen zusammengestellt und Nur-Flüge gebucht werden. Es lohnt sich bei uns zu buchen, denn unsere Hauskonditionen lassen sich sehen. Bitte erkundigen sie



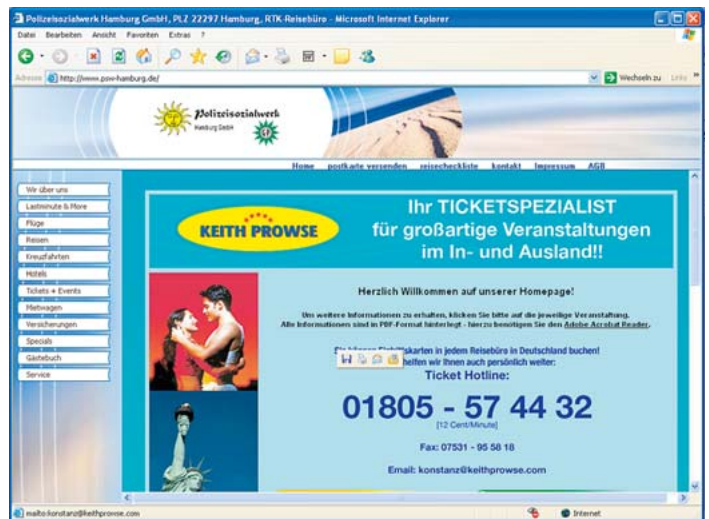
Aktuelle und günstige Reiseangebote



Die Startseite des psw

sich bei unseren Mitarbeiterinnen. Sie haben die Möglichkeit, direkt über ein vorbereitetes Formular E-Mail-Reisebuchungen vorzunehmen.

Daher lohnt es sich www.psw-hamburg.de auf die persönliche Favoritenliste zu setzen und regelmäßig vorbeizusurfen. Natürlich steht unser freundliches



Veranstaltungen aller Art!

Neben den Reiseangeboten bieten wir zahllose günstige Einkaufsmöglichkeiten und weitere kulturelle Angebote. Dazu gehört das preiswerte Ausleihen von Mietfahrzeuge oder die Möglichkeit zu günstigen Preisen Musical- und Theatervorstellungen zu besuchen.

Service-Team ihnen gern für alle Fragen während der Geschäftszeiten zur Verfügung.

Jürgen Lamp,
Uwe Kofel

Nicht nur die Jugend, auch Senioren brauchen Zukunft!

Die letzte Mitgliederversammlung der Fachgruppe Senioren in der Kantine des Hamburger Polizeipräsidiums war nicht nur gut besucht. Der Bundesvorsitzende der GdP-Senioren, Heinz Blatt, war angereist, um über aktuelle Senienthemen zu informieren.

Vorweg gratulierte der Vorsitzende der Hamburger GdP-Senioren, Hans-Herrmann Fritsche, Rosamunde Pietsch, die ihre Laufbahn bei der Hamburger Polizei 1945 begann, als die Mutter aller Schutzpolizistinnen gilt und ihren 90. Geburtstag feierte. Obwohl unsere Kollegin Rosamunde keine Blumen haben



Aufmerksame Zuhörer im Personalrestaurant des Präsidiums

wollte, erhielt sie von dem Fachgruppenvorsitzenden eine wettergeschützt verpackte rote Rose.

Heinz Blatt verstand es, die Senioren die gesamte Versammlung zu fesseln und sprach allen aus dem Herzen, die sich mit der aktuellen sozialen und politischen Entwicklung beschäftigen. Er stellte den Prozess von Unverschämtheiten und Frechheiten aus Wirtschaft und Politik in Bund und Ländern deutlich und unverblümt dar.

Die demographische Entwicklung ist natürlich eins der Hauptfelder, die Veränderungen erforderlich machen. Die Menschen dürfen aber nicht in die Armut gestürzt werden und es dürfen keine zusätzlichen sozialen Probleme verursacht werden. Am 31. 12. 2003 hatte Deutschland 83 Millionen Einwohner, davon waren 17 Millionen Menschen über 60 Jahre alt, d. h., jeder

fünfte Bürger war über 60. 2010 wird es jeder vierte und 2040 wird es jeder dritte Bürger sein. Der Anteil der Senioren steigt deutlich.

Und deshalb der Bundesvorsitzende: „**Nicht nur die Jugend, auch die Senioren brauchen eine Zukunft!**“

Wenn der zweifellos schwierige Balanceakt eines gerechten Ausgleichs zwischen

- Jung und Alt
- Arm und Reich
- Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen

zugunsten einer Kahlschlagpolitik aufgegeben wird, dann droht der Gesellschaft ein ernsthaftes Problem, nämlich:

- Egoismus
- Missgunst
- Neid

anstatt zu teilen, zu helfen, miteinander zu gestalten. Von daher sollten wir den Modernisierern, die selbst immer auf der sicheren Seite stehen, das Feld nicht kampfflos überlassen.

Alle brauchen wir Gewerkschaften – genauso wie wir Senioren – heute und morgen.

Heinz Blatt stellte die Ungerechtigkeiten dar und formulierte: „**Gier gefährdet das Gemeinwohl!**“

Auf der einen Seite gibt es Freisprüche für Mannesmann-Prozess mit dahinter stehenden Millionen-Abfindungen, ferner millionenschwere Einkünfte für die Vorstandsvorsitzenden, z. B. der Deutschen Bank (Ackermann) und von Daimler Chrysler (Schremb), auf der anderen Seite bedeutet Hartz IV für Langzeitarbeitslose seit 1. 1. 2005 einen finanziellen Absturz.

Arbeitnehmer und Rentner werden zunehmend belastet. Es

kann wohl niemand einleuchtend darlegen, dass es richtig sein soll, wenn die Herren Ackermann und Schremb je 10 Millionen € im Jahr bekommen, dem früheren Mannesmann-Chef Esser für seinen Handel mit Vodafone ungestraft 30 Millionen € in die Hand gedrückt werden dürfen, die Deutsche Bank Millionen Gewinne erwirtschaftet, aber über 6000 Stellen einsparen will, Langzeitarbeitslose aber 2000 € mühsam Erspartes erst einmal verbrauchen müssen, bevor sie das Arbeitslosengeld II erhalten.

Hier geht es nicht um Neid, sondern es geht darum, was der frühere Chef der Westdeutschen Landesbank Ludwig Poullain vor kurzem beklagt hat. Zitat:

„Redlichkeit, moralische Prinzipien, Ethik, Anstand, Treuhänderschaft, die Bereitschaft zum Dienst an der Gesellschaft, am Staat, an der Wirtschaft, seien bei vielen verloren gegangen, die sich gern zu Elite zählen. Stattdessen hätten sich Instinktllosigkeit, Unanständigkeit und die Gier zur Bereicherung ausgebreitet. Aber Unmoral kollidiert ja nicht mit dem Strafrechtbuch!“

Heinz Blatt ging natürlich auch auf aktuelle Äußerungen aus der Politik ein. So zeichnet sich Otto Schily u. a. durch folgende Äußerung aus:

„Die Versorgungsempfänger bekommen ja nicht weniger, sie bekommen ja nur weniger hinzu! Es ist lediglich eine Abflachung der Anhebung!“ Der Gedanke liegt nahe, zu fragen, wann Otto Schily zum letzten Mal Kartoffeln und Brot eingekauft hat und sich über Mieterhöhungen Gedanken machen musste.

Die Endsolidarisierung in der gesamten Bevölkerung macht sich breit.

Vor etlichen Jahren wurde man belächelt, wenn man sich für ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst entschieden hat, weil die Bezahlung insgesamt unter dem gesamten Durchschnitt lag. Heute gilt man als Ruhestandsbeamter als „fetter Pensionär“. So verändern sich Anschauungen. So wird auch die Bevölkerung entsolidarisiert.

Der Ankündigung von Heinz Blatt, für 2006 nicht wieder als Bundesvorsitzender der Senioren antreten zu wollen, wurde von allen Teilnehmern heftig widersprochen. Dazu Hans-Herrmann Fritsche: „Lieber Heinz, wir lassen dich noch lange nicht gehen. Mache bitte weiter!“

**Jürgen Lamp,
Geschäftsführer
GdP Hamburg**

Termin!

Ich möchte auf unsere nächste Zusammenkunft

am 12. April 2005
um 15.00 Uhr im
Personalrestaurant
des Polizeipräsidiums

hinweisen. Das Thema steht bislang nicht fest, lasst Euch also

überraschen! Und bitte entschuldigt das Fehlen des letzten Veranstaltungshinweises, im Rahmen der Redaktionsarbeit ist er leider unbeabsichtigt nicht berücksichtigt worden.

Hans-Herrmann Fritsche

FACHGRUPPE WASSERSCHUTZPOLIZEI

Vorbereitung des Landesdelegiertentages 2006

Mit Ende des Monats wechselt die Führung der Fachgruppe WSP. Unser verdienter Kollege Peter Leiste geht zum Sommer in den wohlverdienten Ruhestand. Der neue Fachgruppenvorsitzende, Dieter Isermann, hat einen Teil der umfangreichen Aufgaben an Themenbeauftragte delegiert (eine Aufstellung aller Themenbeauftragten wird es in einer der nächsten Ausgaben der DP geben).

So habe ich u. a. die Aufgabe, mich um die Anträge des/zum Landesdelegiertentag(es) zu kümmern.

Ich verstehe die Aufgabe dergestalt, dass ich Euch über die Fachgruppe WSP zum Landesdelegiertentag eingebrachten Anträge sowie deren Entwicklung regelmäßig informiere und für Euch als Ansprechpartner (d. h. Einbringen von Vorschlägen, Frage zu Anträgen etc.) zur Verfügung stehe. Zum letzten Landesdelegiertentag der GdP hat die Fachgruppe WSP folgende Anträge eingebracht:

Der Erhalt der FG Wasserschutzpolizei als Leit Antrag wurde als Arbeitsmaterial bearbeitet und das derzeitige Ergebnis gibt uns recht: Die FG WSP besteht unverändert weiter.

Im Bereich des Beamtenrechtes sowie bei Dienstlich – Soziallem gab es nachstehende Anträge:

- Wasserschutzpolizeiliche Ausbildung bis zur Laufbahnprüfung. Derzeitiges Ergebnis: der Umfang der wsp'lichen Ausbildung ist erhöht worden;
- Fortsetzung des Bootsbauprogrammes der WSP Hamburg. Das Bootsbauprogramm wird – mit Verzögerung – fortgesetzt;
- Dienstkleidung (funktionell, zeitgemäß etc.) der WSP. Derzeitiges Ergebnis: unverändert Probleme bei einigen Kleidungsstücken;
- ComVor-/PC-Rechner auf seegängigen Streifenbooten. Ergebnis: erledigt;
- Einbindung des WSPL in das Entscheidungsgremium PFT. Ergebnis: erledigt;

- Aufstockung WSPK 2 (u. a. für Unterbringung Hasibe). Zwar wurden Baupläne erstellt, die Umsetzung ist jedoch nicht erfolgt!
- Fortsetzung des Überleitungs-/Hebungsprogramms. Durch politische Entscheidungen gestoppt!
- Wiedereinführung der vier Dienstzweigpersonalräte für die HH-Polizei. Leider Utopie, wird nicht mehr zu erreichen sein!

Landesdelegiertentag 2006

Für die Anträge (welche Ziele hat die GdP Hamburg in den nächsten Jahren) zum nächsten Delegiertentag im Februar 2006 ist im Mai 2005 Annahmeschluss. Dazu gehört auch, sich auch persönlich dafür einzusetzen, dass die Forderungen z. B. durch demonstrative Aktionen der Politik verdeutlicht werden.

An Vorschlägen liegt der Fachgruppe WSP derzeit vor:

- Für Verbesserungen in Auswahlverfahren für die – nachweislich – anerkannt guten Kolleginnen und Kollegen des m. D. u. g. D. aufgrund mangelnder Chancen durch – neue, veränderte – Perspektiven des Dienstherrn

(den ewigen zweiten Sieger ist vom Dienstherrn eine Perspektive aufzuzeigen);

- Für Verbesserungen der derzeit mangelnden Aufstiegschancen (weil keine bzw. nur sehr wenige Studienplätze für den m. D. einen Vertrauensbruch darstellen);
- Die Versorgung der Beamten an die freie Wirtschaft sowie Angestellte im öffentlichen Dienst angleichen, u. a. durch Einführung einer betrieblichen Altersvorsorge/„Betriebsrente“

(mit einem geringen Eigenanteil insgesamt um 90% Alterbezüge – wie bei Angestellten im ö. D. – bzw. oder bis zu 500 Euro pro Monat zusätzlich – wie in größeren Betrieben der freien Wirtschaft – zu erhalten)

- Für die Anpassung des Stellenkegels im gehobenen Dienst, der durch das Hebungs- und Überleitungsprogramm (Projekt P 2000) indiskutable Verweilzeiten mit sich gebracht hat.

Rolf Babener

Achtung: Begaste Container!

Bei Kontrollen von Seecontainern ist grundsätzlich davon auszugehen, dass diese vor dem Transport begast wurden, um einen Schädlingsbefall der transportierten Ware zu vermeiden.

um eine Gefährdung zu vermeiden.
Peter Leiste



Welche Gefahren sind hier vorhanden?

Welche Mittel dabei zum Einsatz kommen, ist nicht bekannt. Eine Kennzeichnung unterbleibt in den meisten Fällen. Daher sind in jedem Fall die entsprechenden Sicherheitsvorschriften zu beachten.

In der nächsten Ausgabe werden wir über Möglichkeiten und Forderungen berichten,

70. Geburtstag

9. April 2005
Gerda Georgi
Sigrig Schulze
13. April 2005
Hermann Stolley
14. April 2005
Ingeborg Schanz
18. April 2005
Winfried Totzke

80. Geburtstag

4. April 2005
Harald von Hacht
8. April 2005
Helga Kruckenberg
13. April 2005
Karl-Heinz Lorenz
14. April 2005
Wilhelm Albrecht

85. Geburtstag

4. April 2005
Else Ziemann
9. April 2005
Hildegard Gerlach
22. April 2005
Horst Damrau
Lucia Kersten
27. April 2005
Irmgard Bohse

86. Geburtstag

1. April 2005
Erich Eggers
6. April 2005
Herta Witt
11. April 2005
Margarete Neumann

87. Geburtstag

1. April 2005
Hans-Joachim Brüggmann
7. April 2005
Annemarie Kallensee
30. April 2005
Nicolaus Thomsen

90. Geburtstag

3. April 2005
Horst Jeschke
27. April 2005
Erica Hempel

91. Geburtstag

2. April 2005
Heinrich Behlmer

96. Geburtstag

13. April 2005
Erna Rudolph
27. April 2005
Elsa Jeß

97. Geburtstag

13. April 2005
Frieda Roß

25-j. Dienstjubiläum

3. März 2005
Andrea Nehrenheim
VAng.'e LPV 4234
15. März 2005
Thomas Fellendorf
VA LPV 2012
1. April 2005
Volker Büttner PK VD 2
Wolfgang Dorn PHM WSPK 3
Edmund Gollan Registraturang.
LPV 36
Ingo Gote POK WSP 01/Siwa
Jürgen Gottwald PHK WSPK 32
Dagmar Henningsen PK'in PK
24
Joachim Klein PK WSP 21
Petra Knorr PHM'in PK 42
Kerstin Pauls PK'in ZD 522
Axel Repenn POK PK 16
Dörte Schöttler POK'in PK 42
Andreas Spitzer PHM LPV 212
Elke Strohof PHM'in LKA 141
Ralf Teuchert VA IuK 351
Axel Uebelacker PHM VD 53
Hans-Erich Wirsching PHK
WSPK 1
22. April 2005
Andreas Ewald POK PK 16

40-j. Dienstjubiläum

1. April 2005
Armin Genz POK LPV 211
Werner Guder PHK LBP 43
Wilfried Hamer EPHK PK 42
Holger Herold POK LBP 401
Horst Klann POK FHÖV
Roderich Krüger PHM VD 51
Martin Lewerenz PHK LKA 61
Hans-Dieter Recht PHK LKA 55
Dirk Röver PHK VD 61
Enrico-Mario Schiewelbein PHK
FLD 23

Peter Schleiter PHK ZD 021
Ralf Schönebeck PHM LKA 21
Klaus Schubert KHK LKA 8013
Tim Sievers PHM LPV 2
Gerhard Süllau PHK WSPF 214
Günter Thoms POK LKA 12
2. April 2005
Odo Einsiedler POK PK 12
Manfred Erfle EPHK VD 50
Rainer Kroll POK VD 11
Jürgen Mau PHK PK 16
Horst Pinkepank POK WSPK 22
Dethlef Schiewe KHK LKA 21
Reinhardt Singelmann POK PK
27
Manfred Torbitzki PHK PK 41
5. April 2005
Gerd-Ekkehard Hübner KD
LKA 10

wohlverdienten Ruhestand

30. April 2005
Klaas-Dieter Becker POK PK 44
Bernd Hülsberger POK LKA 712

TAUSCHGESUCH

Nach Stuttgart?

POMin des Polizeipräsidiums Stuttgart sucht Tauschpartner/in aus HH. Bitte melden unter H: 01 77-7 54 09 01, Dienst: 07 11-89 90-36 53, oder per Mail: sybilleschwarz@gmx.de

Anzeige

**Gut beraten
im Trauerfall
Tag + Nacht**

GBI

Großhamburger
Bestattungsinstitut rV
Fuhlsbüttler Straße 735
22337 Hamburg
www.gbi-hamburg.de
☎ (040)24 84 00

STERBEFÄLLE

20. Dezember 2004
Betti Wegener Witwe (91)
7. Februar 2005
August Schmidt POM i. R. (88)

24. Februar 2005
Hermann Külsen POK i. R. (61)
Rudolf Bornhold POK i. R. (71)

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.